

"Auswirkungen von Austeritätspolitik auf der kommunalen Ebene und alternative Politik vor Ort - Sparzwänge vs. Re-Kommunalisierung"

Brüssel, 20160406

1. Begrüßung und Dank für die Einladung

Leider kann ich nicht anwesend sein, weil der Flug annulliert wurde und andere Verbindungen für mich nicht funktionierten.

2. Kurze persönliche Vorstellung und Hintergrund

Mein Name ist Tobias Bank, Mitglied des Kreistag Havelland (und Mitglied der Gemeindevertretung Wustermark).

3. Beschreibung der Situation vor (wie Vorredner):

In beiden Vertretungen Drittstärkste Kraft; aber jeweils Zählgemeinschaften aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und Grünen; lokal bestes Ergebnis von allen anderen Kandidaten; Wählerauftrag; lokal Fortsetzung der Schwerpunktsetzung aus Sozialem, Wirtschaft und Ökologie; regional Opposition und Korrektiv; schwere Zusammenarbeit mit Zählgemeinschaft (- > ggf. spontane Ergänzungen).

4. Hinleitung von der Situation vor Ort zu den Strategien gegen eine Austeritätspolitik

In den zwei Kommunalvertretungen, in denen ich aktiv bin, haben wir als Regional- und Lokalpolitiker mit der aktuellen Austeritätspolitik der EU und der Bundesrepublik derzeit eher indirekt zu tun, da wir wirtschaftlich in den vergangenen 10 Jahren eine sehr florierende Entwicklung erlebt haben.

Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt und profitieren von der Nähe zur Bundeshauptstadt Berlin. Wir können die vorhandene Infrastruktur bisher problemlos aufrechterhalten. Auch wenn es immer Dinge gibt, die verbessert werden können. Unser Problem vor Ort ist vor allem, dass wir nur sehr eingeschränkt investieren, was in den einzelnen Kommunen zu einem Investitionsstau führt. Auch und dadurch finden keine Verbesserungen in sozialen Bereichen statt.

Es geht bei uns derzeit also weniger um Abbau, sondern darum, eine (soziale) Weiterentwicklung voranzutreiben. Das sieht selbstverständlich nicht in allen deutschen Kommunen so aus. Ich kann hier nur über die

beiden sprechen, in denen ich aktiv bin. Allerdings haben wir auch sehr gute Strategien, wie wir seit Jahren präventiv gegen eine drohende Austeritätspolitik vorgehen.

Die größte Herausforderung 2016 wird für uns eine gute Unterbringung der Geflüchteten zu gewährleisten und alle damit verbundenen Kosten zu stemmen -> ggf. spontane Ergänzungen.

Wir haben am Sonntag Landratswahlen und eine noch relative junge nationalkonservative und rechtsextreme Partei in Deutschland, droht dritt-, vielleicht sogar zweitstärkste Kraft zu werden. Und das, obwohl in unserer Region bisher keine soziale oder sonstige Infrastruktur abgebaut wurde, weil bei uns Geflüchtete untergebracht sind. Bei uns gab es jedoch mehrere bundesweit für Aufregung sorgende Anschläge auf linke Einrichtungen und Geflüchtetenunterkünfte. Wir werden also dieses Jahr ganz anders schauen müssen, wie es nach der Wahl in unserer Region weitergeht. Fakt ist, dass unsere Region ein trauriges Beispiel für ganz Deutschland werden kann, wenn es zu einer weiteren Erstarkung dieser noch jungen nationalkonservativen Partei kommt. Insofern drückt uns alle die Daumen, dass es am Sonntag im Havelland starke demokratische Parteien gibt.

5. Strategien gegen Austeritätspolitik

Ich würde gerne zwei Strategien nennen, um besser auf die Austeritätspolitik der Bundesrepublik reagieren zu können. Eine nationale und eine kommunale Strategie. Beide können unabhängig voneinander verfolgt und möglicherweise in der einen oder anderen Form auf andere Länder übertragen werden.

Die Austeritätspolitik der Bundesrepublik sorgt regelmäßig dafür, dass Kommunen in Deutschland ihren freiwilligen und im schlimmsten Fall auch ihren Pflichtaufgaben nicht mehr eigenverantwortlich gerecht werden können. Damit wird einerseits der im deutschen Grundgesetz geschriebene Grundsatz nach **gleichwertigen Lebensverhältnissen** in Frage gestellt und andererseits wird dadurch die **soziale Spaltung der Gesellschaft** gefördert. Dies hat wiederum Auswirkungen auf das Wählerverhalten, wie wir an den letzten Landtagswahlen in Deutschland gesehen haben und derzeit überall in Europa beobachten können.

- a) Auf nationaler Ebene verfolgt DIE LINKE daher beispielsweise folgende Strategie, um die Kommunen unabhängiger von der Politik der Bundesebene zu machen. Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen

Bundestag schlägt die **Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschäftssteuer** vor. Ziel dieser Steuer ist es, mehr Planungssicherheit für die Kommunen zu erreichen, der zunehmenden Aufnahme von Kassenkrediten entgegenzuwirken, die Mehrbelastung durch übertragene Aufgaben auszugleichen und die Einnahmeseite der Kommunen zu verbessern. In die Gemeindefortschäftssteuer soll jede selbstständige wirtschaftliche Betätigung mit einbezogen werden. Die Bemessungsgrundlage soll vergrößert werden, indem Schuldzinsen, Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren in voller Höhe bei der Ermittlung der Steuerbasis berücksichtigt werden. Jedoch soll es angemessene Freibeträge für Selbstständige und Kleinunternehmen (30.000 €-> ggf. spontane Ergänzungen) geben.

Die Gewerbesteuer kann und soll eine reine Kommunalsteuer werden, weil nach Maßgabe des Grundgesetzes der Bundesrepublik, die Hebesätze der Kommune, die ihr zustehenden wirtschaftskraftbezogenen Steuerquellen sind. Denn sie gehören zur Eigenverantwortung der kommunalen Selbstverwaltung. Als wirtschaftskraftbezogene Einnahmequelle gehört die Gewerbesteuer also dazu. Allein 2013 hätte das zu Mehreinnahmen von 1,6 Milliarden Euro für die Kommunen geführt (-> ggf. spontane Ergänzungen).

Aber was können nun die Kommunen selbständig machen.

- b) Die Partei DIE LINKE setzt sich für eine eigenverantwortliche Verbesserung der Einnahmeseite der Kommunen ein. Ein entscheidender Weg dabei ist, dass die **Kommunen sich selbständig und demokratisch kontrolliert wirtschaftlich betätigen**. Der LINKE Bundestagsabgeordnete Axel Troost hat das einmal schön zusammen gefasst, in dem er sagte, dass...: *„...die Wirtschaft und Dominanz über diejenigen, die von Arbeitsplätzen abhängig sind – also die ökonomische Basis, – von entscheidender Bedeutung für die Herrschaftsverhältnisse [sind]... Politische Ziele können nicht ohne und teilweise nur durch Veränderungen der ökonomischen Basis erreicht werden. Die Basis allen Seins ist die Wertschöpfung. Der politische Verteilungs-kampf hat seinen Ausgangspunkt in der Ökonomie...“* Das heißt also, dass durch eine starke kommunale Wirtschaft, die sozialen Forderungen der LINKEN und der Bevölkerung schneller und umfangreich erreicht werden können und einer sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegengewirkt werden kann.

Daher sollten sich Kommunen verstärkt wirtschaftlich betätigen(-> ggf. spontane Ergänzungen). Vor allem sind dabei die Bereiche des Öffentlichen-Personen-Nahverkehrs (ÖPNV), der Wasser- und Abwasserversorgung, der Energieversorgung, des Wohnens und der Gesundheitsversorgung zu nennen. Wenn kommunale Unternehmen kostendeckend, aber nicht übermäßig profitorientiert arbeiten, dann können sie 1. für bezahlbare Mieten und bezahlbaren ÖPNV sorgen und 2. können sie bei Gewinnerwirtschaftung, z.B. durch eine kommunale Energieversorgung mittels Solarstrom oder Windkraftträdern, weniger profitable, aber notwendige soziale Infrastruktur, z.B. Schwimmhallen oder Bibliotheken, unterstützen bzw. querfinanzieren (-> Beispiele ergänzen).

Voraussetzung dafür sind natürlich entsprechende Mehrheitsbeschlüsse in den Kommunalvertretungen vor Ort (-> Beispiele von vor Ort aufzählen).

In dem den Kommunen durch eine Gemeindefinanzierungssteuer und die Förderung von wirtschaftlicher Betätigung von Kommunen eine eigenverantwortlichere, flexiblere und verbesserte Einnahmeseite verschafft, können soziale Ungleichheiten verringert und eine sozial ausgewogene Gesellschaft vor Ort erhalten werden. Damit würde zusätzlich für ein hohes Maß an öffentlicher und bezahlbarer Daseinsvorsorge gesorgt werden, die direkt den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommt. Das, also diese wirtschaftliche Unabhängigkeit, ist die beste Strategie gegen die Austeritätspolitik der EU und der Bundesrepublik. Daher sollte sich auch immer gegen die Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge ausgesprochen und Rekommunalisierung gefördert werden (-> Beispiele ergänzen). Wer einmal sein „Tafelsilber“ verscherbelt, zahlt meistens am Ende drauf. Die Austeritätspolitik, die Kommunen dazu zwingt, muss auf allen Ebenen bekämpft werden.

6. Konexitätsprinzip: Bund und Länder nicht aus der Verantwortung lassen

Diese Vorschläge entbinden jedoch die einzelnen Bundesländer nicht vom Konexitätsprinzip. Wenn Bundesländer ihren Kommunen Aufgaben übertragen und dies zu einer finanziellen Mehrbelastung der Städte und Gemeinden führt, dann muss das Bundesland auch für die Kosten aufkommen bzw. einen finanziellen Ausgleich zahlen. Wer bestellt, muss

also auch bezahlen! Es darf nicht sein, dass die Kommunen für die übertragenen Aufgaben zahlen müssen, egal, wie gut oder schlecht sie finanziell ausgestattet sind (-> Beispiel nennen).